

Zeitschrift:	Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber:	Widerspruch
Band:	8 (1988)
Heft:	16
Artikel:	In der Sackgasse der IWF-Beitrittsfrage : eine Replik auf Peter Bosshards Beitrag "Dritteweltbewegung und der IWF"
Autor:	Gerster, Richard
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-652438

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Diskussion

Richard Gerster

In der Sackgasse der IWF-Beitrittsfrage

Eine Replik auf Peter Bosshards Beitrag „Dritteweltbewegung und der IWF“ in WIDERSPRUCH Heft 15/88.

In seinem Beitrag „Dritteweltbewegung und der IWF“ skizziert Peter Bosshard (Erklärung von Bern) unterschiedliche Positionen und Strategien der schweizerischen Hilfswerke und der „Erklärung von Bern“; die Diskussionen drehen sich um Fragen eines allfälligen Beitritts der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds (IWF) im speziellen und um Entwicklungspolitik ganz allgemein.

Bosshard malt ein Zerrbild von der Entwicklungspolitik der Hilfswerke, wenn er der Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für Brüder/Helvetas als Leitbild das „Vermeiden jeder Konfrontation“, den „Verzicht auf offene Konflikte“, also Leisetreterei unterstellt. Seine Kritik, die Hilfswerke würden dazu beitragen, dass die Beziehungen zur Dritten Welt „in der breiteren Öffentlichkeit kein Thema“ seien, ist geradezu absurd. Das Klima der Diskretion, das unbestrittenemassen Partikularinteressen gut gedeihen lässt, ist weder das Wetter der „Erklärung von Bern“ noch jenes der Hilfswerke. Nur Öffentlichkeitsarbeit, nur Konfrontation und keine direkten und echten Gespräche mit Verantwortlichen und Betroffenen in der Schweiz und den Entwicklungsländern — in der Bereitschaft, selber auch dazulernen —, sind jedoch Zeichen der eigenen Schwäche oder Arroganz.

Kosten-Nutzen-Analyse tut not

Dass es Grenzen des Spielraums für eine bessere schweizerische Entwicklungspolitik gibt (Bosshard spricht vom „Spielraum für fortschrittliche Lösungen“), ist uns allen wohlbekannt. Dass es überhaupt einen Spielraum gibt, wird auch von Bosshard nicht bestritten. Dass der Spielraum von der Verwaltung automatisch zugunsten der entwicklungspolitisch besseren Varianten ausgeschöpft wird, wäre wohl vermessen anzunehmen. Hier haben Gespräche auf jeden Fall ihren Platz. Dass grössere Verschiebungen des Spielraums nicht nur eine Frage der Argumente, sondern auch der Macht sind, bestreitet wohl niemand.

Da muss sich die fundamentalere, oppositionelle Linie der Dritteweltbewegung die Rückfrage gefallen lassen, inwieweit sie selber kontraproduktive Effekte produziert, indem beispielsweise die Bankeninitiative der heutigen bestorganisierten Bankenlobby im Parlament Geburtshilfe geleistet hat. Ob

es sich hier um eine politische Auswirkung handelt, die wir als „kurzfristig“ abtun und uns im übrigen mit der Öffentlichkeit für das Fluchtgeld-Thema trösten können, wage ich zu bezweifeln. Ich weiss, es ist auch ketzerisch, nach dem Nutzen des Asylgesetzreferendums zu fragen. Die Kosten-Nutzen-Analyse und Trauerarbeit der abstimmungspolitischen Niederlagen ist freilich noch nicht geleistet.

Die politische Einteilung in gesellschaftliche Opposition und Vertreter der „wirtschaftlichen Interessen“, die hinter der Analyse von Bosshard steht, ist zu einfach. Wo gehören beispielsweise die Hilfswerke hin? Die Meinungen zu entwicklungspolitischen Fragen laufen quer durch alle Bevölkerungsschichten hindurch; die Verwaltung ist kein monolithischer Block; selbst im IWF gibt es verschiedene Strömungen, z.B. hinsichtlich seiner Rolle in Afrika. Im übrigen ist auch die Opposition Teil des „Monsters“, wie Hans Magnus Enzensberger das kürzlich in bezug auf den IWF und die Weltbank festgehalten hat.

Unfruchtbare Diskussion um IWF-Beitritt

Damit sind wir beim aktuellen Anlass, dem Währungsfonds angelangt. Vorab eine Klarstellung: Es gibt keine Stellungnahme seitens der Hilfswerke bezüglich eines Beitritts zum Währungsfonds. Die Stossrichtung der entwicklungspolitischen Stellungnahmen der Hilfswerke wird durch Bosshard insgesamt jedoch zutreffend beschrieben. In den Vernehmlassungen der Hilfswerke spiegelt sich nicht die Idee eines Beitritts um jeden Preis, sondern von einem Beitritt mit entwicklungspolitischen Leitplanken. Das heisst: Im Beitrittsbeschluss müssten die schweizerischen Vertreter ausdrücklich auf die Grundsätze der schweizerischen Entwicklungspolitik verpflichtet werden. Das würde beispielsweise bedeuten, dass die Schweiz ihren Einfluss zugunsten einer grundbedürfnisbezogenen Konditionalität der IWF-Kredite geltend zu machen hätte. Bei einer Missachtung der Leitplankenforderung durch Verwaltung und Parlament ergäbe sich entsprechend die Forderung nach einem Verzicht auf den Beitritt.

Die hypothetische Frage eines IWF-Beitritts der Schweiz blockiert hingegen die entwicklungspolitische Diskussion, statt dass Verbesserungsmöglichkeiten in der schweizerischen Rolle gegenüber dem IWF aufgezeigt werden. Auf Verbesserungen im Sinne sozial rücksichtsvollerer Bedingungspakete und zukunftsträchtiger, verschuldungsarmer Entwicklungspfade sind aber die Entwicklungsländer dringend angewiesen. Sie haben in der Krisensituation, in der sie sich jeweils an den IWF wenden, keine echte Wahl. Auch für Zambia, Sudan oder Nigeria ist ein Arrangement mit dem IWF nur eine Frage der Zeit. Vor allem ist der in diesen drei Fällen ohne IWF eingeschlagene Weg nur graduell, aber nicht grundsätzlich verschieden von einer IWF-konformen Wirtschaftspolitik. Auch ein Sanierungsprogramm ohne IWF kann nicht von vornherein ein entwicklungspolitisches Gütezeichen sein. Nigeria z.B. zieht gar ein rigoroseres Sparprogramm in eigener Regie durch, als es der IWF vermutlich gefordert hätte.

Wenn ein Beitritt nicht rundweg abgelehnt wird, so hat das nicht einfach taktische Gründe, wie Bosshard es unterstellt. Inhaltliche Überlegungen sprechen für eine differenzierte Haltung. Ich will hier nicht weiter auf die positiven Seiten der IWF-Programme eingehen (z.B. höhere Agrarpreise, Reduktion einer parasitären Bürokratie), die es neben zu Recht kritisierten düsteren Folgen (z.B. Sparen auf dem Buckel der breiten Bevölkerung, Exportlastigkeit anstelle der Produktion für die eigene Bevölkerung) auch gibt. Vielmehr wird viel zu wenig beachtet, dass das heutige Verhältnis der offiziellen Schweiz zum IWF entwicklungspolitisch gesehen höchst unbefriedigend geklärt ist. Die Schweiz macht mit, finanziert mit, holt sich Vorteile, ohne die politische Verantwortung der Folgen mitzutragen oder gar Einfluss nehmen zu können. Ausser Bundesrat Stich, der nach der Zehner-Club-Sitzung jeweils abreisen muss und an den weiteren IWF/Weltbank-Verhandlungen nicht aktiv teilnehmen kann, ärgert das heutige Abseitsstehen der Schweiz kaum jemanden, und schon gar nicht die Spitzen der Nationalbank. Diese Zufriedenheit müsste entwicklungspolitisch interessierte Kreise eigentlich misstrauisch machen.

Stattdessen liebäugelt man lustvoll mit der Möglichkeit eines Referendums gegen einen IWF-Beitritt, der in diesem Jahrtausend kaum zur Abstimmung kommen wird, gerade weil eine Ablehnung durch das Volk nicht unwahrscheinlich ist. Auch der in dieser Legislaturperiode fällige Bericht des Bundesrates zur Beitrittsfrage wird den Beitrittsbeschluss kaum beschleunigen. Da müssten schon handfeste Vorteile winken, damit man das politische Risiko einer Abstimmungsniederlage eingehen würde. Die Aussicht, ein Referendum gegen einen IWF-Beitritt nicht nur zu ergreifen, sondern auch erfolgreich durchzustehen, ist jedoch kein Ergebnis eigener Stärke der Dritt Welt-Bewegung, sondern ihres stillschweigenden und unseligen Bündnisses mit isolationistischen Kreisen. Und was würde ein erfolgreiches Referendum überhaupt bewirken? Es würde nichts mehr und nichts weniger als den heutigen, unbefriedigenden Zustand wieder herbeiführen. Die Beitrittsdiskussion ist deshalb weitgehend eine Sandkastenrethorik ohne konstruktives politisches Ziel, eine entwicklungspolitische Sackgasse.

Neue Allianzen suchen

Viel wichtiger als diese Diskussion um ein eher pragmatisches oder fundamentalistisches Vorgehen wäre es, das Thema der Entwicklungspolitik aus seinem, von der Dritt Welt-Bewegung mitzuverantwortenden Ghetto herauszuführen. Solidarität ohne Verbindung zu langfristigen wohlverstandenen Eigeninteressen ist wohl ein Luxus in guten Zeiten, aber keine tragfähige politische Grundlage. Es muss deshalb erstrangiges Anliegen für die Dritt Welt-Bewegung sein, zu neuen Allianzen zu finden und Dritt Weltfragen mit langfristigen Eigeninteressen zu verbinden. Ich denke hier an den Import von Dritt Weltzucker als konkreten Fall, für den sich auch landwirtschaftliche Kreise gewinnen lassen. Bei der impliziten Allianz mit der isolationistischen Rechten in der Schweiz in Sachen IWF findet hingegen ein Ausverkauf der entwicklungspolitischen Ideale statt.

Aus meiner Sicht sind Lernprozesse immer noch möglich. Entwicklung ist nicht nur das Resultat von Machtverschiebungen. Die skandalöse Haltung des damaligen Nationalbankpräsidenten Fritz Leutwiler (er halte von der Kritik an den Auflagen des IWF „überhaupt nichts“, die Kritik zeuge „von recht wenig ökonomischem Sachverstand“ und sei „teils politisch, teils emotional“ beeinflusst, so im ‚Bund‘ vom 20.9.80) wäre heute selbst innerhalb der Nationalbank nicht mehr unumstritten, und der heutige Nationalbankpräsident Markus Lusser dürfte in entwicklungspolitischer Hinsicht sensibler sein als seine Vorgänger. Seit der Brief des Bundesrates an den Währungsfonds anlässlich des Beitritts zum Zehner-Club an die entwicklungspolitischen Grundsätze der Schweiz gemäss Entwicklungszusammenarbeitsgesetz erinnerte, ist offiziell die Position nicht mehr haltbar, Entwicklungspolitik und Währungspolitik hätten nichts miteinander zu tun. Wegen der Verknüpfung von Entwicklungs- und Währungsfragen blieb ja das ESAF-IWF Dossier schliesslich nicht bei der Nationalbank, sondern beim Bund liegen. Der Wandel im Denken und Handeln geht zugegeben langsam vor sich, aber die Wahrnehmung der entwicklungspolitischen Seite der IWF-Aktivitäten von 1988 ist nicht mehr jene von 1980. In diesem Wandel ist die „Erklärung von Bern“ ebenso sehr eine Ursache, wie es die Hilfswerke sind. Weshalb Bosshard es nötig hat, Zensuren auszuteilen und die IWF-Frage zu einem recht plumpen Werbespot für die „Erklärung von Bern“ zu nutzen, bleibt mir schleierhaft.

Zum Schluss scheint mir für die Dritt Welt-Bewegung ein Blick auf die politischen Erfolge der Umweltorganisationen nützlich. Die Breite und Glaubwürdigkeit der ökologischen Bewegung basiert wesentlich darauf, dass ganz konkrete Forderungen (betreffend Luftreinhaltung, Kaiseraugst etc.) gestellt werden und nicht einfach eine pauschale Veränderung des Wirtschaftssystems propagiert wird. In den Entwicklungsorganisationen ist der Verweis auf die — an sich unbestrittene — Notwendigkeit einer neuen Weltwirtschaftsordnung allzuoft bequemes Alibi, um sich die Mühsal ihrer Übersetzung in konkrete Einzelforderungen und deren Durchsetzung zu ersparen. Auch in den Beziehungen der Schweiz zur Dritten Welt gehen Verbesserungen nur in kleinen Schritten vor sich. Vielleicht könnten Dritt Welt-Kreise von der Umwelt-Bewegung etwas lernen?